

Ökologische Steuerreform, Verfassungsrecht und Verkehrsgewerbe

von

Professor Dr.
Matthias Herdegen

und

Professor Dr.
Wolfgang Schön

2000

3 62 207

Juristische Gesamtbibliothek
Technische Universität Darmstadt

Verlag
Dr. Otto Schmidt
Köln

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII
A. Themenstellung	1
B. Wirtschaftlicher Hintergrund, Entstehung und Regelungs- gehalt des Gesetzes	3
I. Umweltschutz und Umweltsteuern	3
1. Nationale und internationale Entwicklung der Umwelt- politik	3
a) Bundesrepublik Deutschland	3
b) Europäische Gemeinschaft	4
c) Vereinte Nationen	5
2. Abgaben als Mittel der Umweltpolitik	6
a) Volkswirtschaftliche Grundlagen	6
b) Die „doppelte Dividende“ im Arbeitsmarktbereich	8
c) Die Auswirkungen der ökologischen Steuerreform auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit	9
3. Die Wettbewerbssituation im Güterkraftverkehr	11
a) Grundannahmen in Politik und Wissenschaft	11
b) Daten zum internationalen Wettbewerb im Güterkraft- verkehr	13
II. Grundkonzeption, Entstehung und Konsequenzen	15
1. Genese des Gesetzes	15
2. Die Wirkungen der ökologischen Steuerreform auf die Kostenstruktur des Güterkraftverkehrs	20
3. Die Wettbewerbsposition anderer Verkehrsträger	22
C. Verfassungsrechtliche Würdigung	25
I. Verfassungsrechtliche Grundsatzfragen der ökologischen Steu- erreform	26
	IX

	Seite
1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	26
a) Beschränkte Steuergesetzgebungshoheit des Bundes	26
aa) Kompetenzverteilung im föderalen Gefüge	26
bb) Abschöpfung nur der finanziellen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen	27
b) Die Mineralölsteuer in Gestalt der ökologischen Steuer- reform: Wandel von der Verbrauchsteuer (Art. 106 Abs. 1 Nr. 2 GG) zur Produktionsmittelsteuer?	28
aa) Abwälzung auf den Verbraucher	28
bb) Die Besteuerung von Unternehmen (insbesondere des Transportsektors).	30
cc) Die Konzeption des Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform	32
dd) Typisierungsspielraum des Gesetzgebers	32
2. Der Lenkungszweck der Erhöhung der Mineralölsteuer	35
a) Der ökologische Lenkungszweck und seine Zulässigkeit	35
aa) Die Leitvorstellung des Gesetzgebers	35
bb) Grundsätzliche Zulässigkeit eines ökologischen Len- kungszwecks	35
cc) Unbestimmtheit des ökologischen Lenkungszwecks	36
b) Die Verhältnismäßigkeit der lenkenden Steuerbelastung	38
c) Die Privilegierung energieintensiver und anderer Bran- chen des Produzierenden Gewerbes als Systembruch	39
3. Die Finanzierungsfunktion	40
4. Die Zweckbindung des Energiesteueraufkommens	41
a) Die Finanzierung der Senkung der Rentenversicherungs- beiträge	41
b) Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Zweckbin- dung	42
aa) Allgemeines	42
bb) Einschränkung der Dispositionsfreiheit des Gesetz- gebers	43
cc) Die sozialversicherungsrechtliche Finalität	44
dd) Der Kreis der Steuerbelasteten als Problem der Steu- ergerechtigkeit: die Asymmetrie von Steuerbelastung und Verwendungszweck	46
5. Der Vorbehalt des Gesetzes und Privilegierungstatbestände für einzelne Gewerbebezüge	48
II. Gleichheitsverstöße im Gesetz	52
1. Der Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) als steuerrechtliche Kerngarantie	52

	Seite
2. Zur gleichheitskonformen Auswahl des Steuergegenstandes	54
a) Die Unbestimmtheit des umweltschützenden Lenkungs- zwecks	54
b) Nutzung fossiler Energieträger	54
3. Festlegung und Wirkungsweise des Steuersatzes	57
4. Sondervergünstigungen für Produzierende Unternehmen und Diskriminierung des Verkehrsgewerbes	59
a) Darstellung der Sonderregelungen	59
b) Lenkungszweck und „Produzierendes Gewerbe“	60
c) Die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit für das „Produzierende Gewerbe“	62
d) Diskriminierung des Verkehrsgewerbes	65
aa) Energieintensität und Wettbewerbsdruck im Ver- kehrsgewerbe	65
bb) Typisierende Betrachtung im „Dienstleistungsge- werbe“?	66
cc) Zur „Handelbarkeit“ von Transportleistungen	67
dd) Straßenverkehr und Umweltschutz	70
ee) Besonderheiten der Dieselöl-Besteuerung	70
e) Differenzierung zwischen den Verkehrsträgern	71
III. Mineralölsteuererhöhung als Eingriff in die Berufsfreiheit	73
1. Eingriff in den Schutzbereich von Art. 12 Abs. 1 GG	73
2. Intensität des Eingriffs	74
3. Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	78
IV. Eingriff in die Eigentumsgarantie	81
 D. Zusammenfassung	 85
 Stichwortverzeichnis	 87